

23. Juli 2015

Gemeinsame Pressemitteilung

Golze und Markov: „Unabhängigkeit der Patientenberatung in Brandenburg muss gewahrt bleiben.“

Der Spitzenverband der Krankenkassen und der Patientenbeauftragte der Bundesregierung beabsichtigen, die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) ab 2016 an ein privatwirtschaftliches Callcenter zu vergeben. Damit müsste auch die von der Verbraucherzentrale Brandenburg getragene UPD-Beratungsstelle in Potsdam schließen. Unabhängigkeit und Qualität der Patientenberatung in Brandenburg müssen erhalten bleiben, mahnen Gesundheitsministerin Diana Golze und Verbraucherschutzminister Helmuth Markov.

Diana Golze: „Die UPD wurde geschaffen, um Patientinnen und Patienten unabhängige Beratung in Gesundheitsfragen frei von Interessen von Krankenkassen, Ärzteschaft und Pharmaindustrie zu ermöglichen. Das muss auch weiterhin durch anerkannte und neutrale Institutionen gewährleistet werden“.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger können Patientenberatung bislang vor Ort in Potsdam sowie telefonisch und online in Anspruch nehmen. „Gegenwärtig können sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Verbraucherzentrale als Träger auf qualitätsgesicherte und regional vernetzte Patientenberatung in Brandenburg verlassen. Es ist unverständlich, warum diese bewährte Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten aufgelöst werden soll“, sagt Minister Markov.

Diana Golze und Helmut Markov sprechen sich für die Fortsetzung der Vor-Ort-Beratung im Land aus.

Im Juli wurden die derzeitigen Träger der UPD auf Bundesebene, ein Zusammenschluss der drei unabhängigen Institutionen Sozialverband VdK, Verbraucherzentrale Bundesverband und Verbund unabhängige Patientenberatung, darüber informiert, dass sie den Zuschlag für den Projektzeitraum 2016 bis 2022 nicht erhalten

Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz • Heinrich-Mann-Allee 107 • 14473 Potsdam

Pressesprecherin: Maria Strauß • Tel.: (03 31) 866 3003 • Fax: (03 31) 866 3083

Internet: www.mdjev.brandenburg.de • E-Mail: maria.strauss@mdjev.brandenburg.de

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie • Heinrich-Mann-Allee 103 • 14473 Potsdam

Pressesprecherin: Marina Ringel • Tel.: (331) 866-5040 • Fax: (331) 866-5049

Internet: www.masof.brandenburg.de • E-Mail: presse@masof.brandenburg.de

Die genannten E-Mail-Adressen dienen nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

sollen. Den Auftrag soll stattdessen ein gewinnorientiertes Callcenter erhalten. Dieses arbeitet nachweislich als Dienstleister für verschiedene Krankenkassen. Daraufhin haben die drei Verbände die beabsichtigte Vergabe gerügt und anschließend ein Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer eingeleitet. Deutschlandweit sind 21 UPD-Beratungsstellen betroffen. Golze und Markov fordern den Patientenbeauftragten der Bundesregierung und die Krankenkassen auf, die unabhängige und hochwertige Patientenberatung auch künftig sicherzustellen.

Maria Strauß
Pressesprecherin, MdJEV

Marina Ringel
Pressesprecherin, MASGF

Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz • Heinrich-Mann-Allee 107 • 14473 Potsdam

Pressesprecherin: Maria Strauß • Tel.: (03 31) 866 3003 • Fax: (03 31) 866 3083

Internet: www.mdjev.brandenburg.de • E-Mail: maria.strauss@mdjev.brandenburg.de

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie • Heinrich-Mann-Allee 103 • 14473 Potsdam

Pressesprecherin: Marina Ringel • Tel.: (331) 866-5040 • Fax: (331) 866-5049

Internet: www.masgf.brandenburg.de • E-Mail: presse@masgf.brandenburg.de

Die genannten E-Mail-Adressen dienen nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.